

Amt der Steiermärkischen Landesregierung
Präsidialabteilung

GZ.: Präs - 22.00-8/89-5

Graz, am 5. Mai 1989

Ggst.: Entwurf eines Bundesgesetzes
über den polizeilichen Erkennungs-
dienst.

Tel.: (0316)877/2428 od.
2671

DVR.Nr. 0087122

Betrifft	GESETZENTWURF
Zl.	11-GE/98
Datum:	10. MAI 1989
Verteilt	12.5.89 gage

1. Dem Präsidium des Nationalrates, 1010 Wien,
Dr. Karl Renner-Ring 3 (mit 25 Abdrucken);
2. allen steirischen Mitgliedern des Nationalrates;
3. allen steirischen Mitgliedern des Bundesrates;
4. allen Ämtern der Landesregierungen
(Landesamtsdirektion);
5. der Verbindungsstelle der Bundesländer beim
Amt der NÖ Landesregierung, 1014 Wien,
Schenkenstraße 4,

L. Aesch-Harant

zur gefälligen Kenntnisnahme.

Für die Steiermärkische Landesregierung:

Der Landeshauptmann:

Dr. Krainer eh.

F.d.R.d.A.:

Gross-Hübner



AMT DER
STEIERMÄRKISCHEN LANDESREGIERUNG

8011 Graz, Landesregierung - Präsidialabteilung

An das
Bundesministerium
für Inneres

Postfach 100
1014 Wien

GZ Präs-22.00-8/89-5

Ggst Entwurf eines Bundesgesetzes
über den polizeilichen Erkennungs-
dienst.

Bezug: 194.761/4-GD/88

Präsidialabteilung

8011 Graz, Burgring 4

DVR 0087122

Bearbeiter
Dr. Wielinger

Telefon DW (0316) 7031/877/2428

Telex 311838 lrggr a

Parteienverkehr
Montag bis Freitag 8 bis 12 Uhr

Bitte in der Antwort das Geschäftszeichen (GZ)
dieses Schreibens anführen

Graz, am 5. Mai 1989

Zu dem mit do.Note vom 4. Februar 1989 übermittelten Entwurf eines Bundesgesetzes über den polizeilichen Erkennungsdienst wird namens der Steiermärkischen Landesregierung folgende Stellungnahme abgegeben:

Zum § 2 Abs. 7 Z. 1:

Die vorgesehene Formulierung könnte zu Unsicherheiten darüber führen, welche Behörde in dem hier vorgesehenen Fall zur Durchführung der erkennungsdienstlichen Behandlung zuständig ist. Die als § 13 Abs. 1 vorgesehene Regelung könnte nämlich in dem Sinn verstanden werden, daß zur erkennungsdienstlichen Behandlung eines Fremden, der einen Antrag auf Anerkennung als Flüchtling gestellt hat, die Asylbehörde erster Instanz, also die Sicherheitsdirektion zuständig ist. Es darf angeregt werden, zumindest in den Erläuterungen klarzustellen, daß die Sicherheitsbehörden erster Instanz vor Ausstellung einer Aufenthaltsberechtigung gemäß § 5 Abs. 1 des Asylgesetzes den Asylwerber einer erkennungsdienstlichen Behandlung unterziehen können.

1. Januar